

Niederschrift

über die 30. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 25.06.2025, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

1. Mitteilungen der Bürgermeisterin
2. Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Land NRW zum Aufbau und zum Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinrichtung für geflüchtete Menschen
Vorlage: 3340/2025
3. Antrag der Bürgerliste - Einführung der Ehrenamtskarte NRW
Vorlage: 3342/2025
4. Antrag der Bürgerliste - Verbesserung der Sicherheit bei städtischen Veranstaltungen
Vorlage: 3344/2025
5. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Übach-Palenberg und der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 3346/2025
6. Kündigung der Mitgliedschaft bei der Grünmetropole e. V.
Vorlage: 3351/2025
7. Abschluss einer Beteiligungsvereinbarung nach § 7 Bürgerenergiegesetz NRW mit der Energy 4 Geilenkirchen GmbH & Co. KG und der Green 4 H2 GmbH & Co. KG
Vorlage: 3318/2025
8. Abschluss einer Beteiligungsvereinbarung nach § 7 Bürgerenergiegesetz NRW mit der Windpark GK-Nord GmbH & Co. KG
Vorlage: 3363/2025
9. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 3362/2025
- 9.1. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2025 als Dringlichkeitsentscheidung
Vorlage: 3370/2025
10. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Hans-Josef Paulus

Mitglieder

3. Marko Banzet
4. Karl-Peter Conrads

5. Markus Diederer
6. Franz-Peter Fröschen
7. Helmut Gerads
8. Christian Kravanja
9. Willi Münchs
10. Gero Ronneberger
11. Manfred Schumacher
12. Lars Speuser
13. Jürgen Steegers
14. Harald Volles
15. Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

16. Hannelore Peter

Stellvertretendes Mitglied

17. Cornelia Banzet Vertretung für Frau Sonja Engelmann
18. Hans-Jürgen Benden Vertretung für Frau Ruth Thelen
19. Mario Karner Vertretung für Herrn Stefan Coenen
20. Robert Kauhl Vertretung für Herrn Michael Kappes

von der Verwaltung

21. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
22. Joachim Grünwald
23. Christina Kamphausen
24. Christoph Nilles
25. Beigeordneter Stephan Scholz

Entschuldigt:

Mitglieder

26. Stefan Coenen
27. Sonja Engelmann
28. Michael Kappes
29. Wilfried Kleinen
30. Ruth Thelen

Bürgermeisterin Ritzerfeld eröffnete die 30. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am 25.06.2025 um 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses und hieß die Stadtverordneten, die Vertreter der Presse sowie den anwesenden Bürger herzlich willkommen.

Sie stellte fest, dass die Einladung vom 17.06.2025 zur Sitzung form- und fristgerecht gestellt worden sei. Einwendungen gegen die Niederschrift der 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.05.2025 habe es nicht gegeben.

Bürgermeisterin Ritzerfeld entschuldigte an dieser Stelle Stadtverordnete Thelen, die von dem Stadtverordneten Benden vertreten wurde, Stadtverordnete Engelmann, die von der Stadtverordneten Banzet vertreten wurde, Stadtverordneten Kappes, der von dem Stadtverordneten Kauhl vertreten wurden, Stadtverordneten Coenen, der von dem Stadtverordneten Karner vertreten wurde sowie Stadtverordneten Kleinen ohne Vertretung. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Bürgermeisterin Ritzerfeld beantragte die Erweiterung der Tagesordnung um die „Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben für das Haushaltsjahr

2025 als Dringlichkeitsentscheidung“ als Tagesordnungspunkt 9.1 sowie der „Auftragsvergabe: Beschaffung eines Fahrzeugs für den Führungsdienst der Feuerwehr Geilenkirchen“ als Tagesordnungspunkt 12.2. Die Stadtverordneten seien im Vorfeld per E-Mail informiert worden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte über die Umfrage zu Kleinen Wohnformen, wie Tiny Houses, Mikro-Apartments oder modulare Baukonzepte. Mit der Umfrage wolle die Stadtverwaltung herausfinden, ob und welcher Bedarf bestehe. Bürger, Unternehmen und weitere Interessierte könnten bis zum 08.07.2025 an der Umfrage teilnehmen. Die Umfrage finde man auf der städtischen Homepage sowie über die städtischen Socialmedia-Kanäle.

Des Weiteren erarbeite die Verwaltung derzeit ein integriertes Vorreiterkonzept Klimaschutz, um spätestens 2040 klimaneutral zu sein. Das Konzept sei der Nachfolger des Klimaschutzkonzeptes aus 2013 und die strategische Grundlage für den Klimaschutz auf kommunaler Ebene. Dabei setze man auf Transparenz und Mitwirkung und wolle möglichst viele Perspektiven einbeziehen. Daher gebe es ab dem 04.07.2025 eine interaktive Online-Karte, auf der Bürger Anregungen, Hinweise und Ideen direkt eintragen könnten.

TOP 2 Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Land NRW zum Aufbau und zum Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinrichtung für geflüchtete Menschen

3340/2025

Die CDU-Fraktion sagte, sie stimme dem Vertrag grundsätzlich zu. Sie äußerte jedoch Bedenken, da es seitens der Bezirksregierung ein Sonderkündigungsrecht gebe, seitens der Stadtverwaltung allerdings nicht. Insbesondere falls sich die Anrechnung der Geflüchteten von derzeit 1:1 und damit auch die Ausgangslage zum Abschluss der Vereinbarung ändern sollte, müsste auch der Stadt ein Sonderkündigungsrecht zustehen. Der Fall könnte bereits 2027 eintreten. Ob man das Recht im Einzelfall nutze, entscheide später der Rat. Ohne das Sonderkündigungsrecht würden einige Stadtverordnete dem Kooperationsvertrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Die Bürgerliste meinte, dies solle vorab mit der Bezirksregierung verhandelt werden. Man solle den Tagesordnungspunkt bis zur Ratssitzung zurückstellen und heute nicht abstimmen.

Bündnis 90/Die Grünen erklärten, auch eine geringere Anrechnung sei immer noch positiv für Stadt zu werten.

Die SPD stimmte Bündnis 90/Die Grünen zu. Man solle den Vertrag nicht gänzlich ablehnen, auch wenn sich die Gesetzesgrundlage später ändern könnte.

Die Verwaltung erklärte, in der Rechtsgrundlage, auf die sich die CDU beziehe, werde von einer Evaluation ab 2027 hinsichtlich der Anrechnungsquote gesprochen. Damit gehe keine automatische Gesetzesänderung einher, wenngleich diese nicht ausgeschlossen sei. Nachvollziehbar sei allerdings, dass sich die Bezirksregierung bzw. das Land vertraglich nicht über grundlegende gesetzliche Regelungen hinwegsetzen könne. Ob die Vereinbarung eines Sonderkündigungsrechts für die Stadt überhaupt zielführend sei, sei ebenfalls fraglich: Würde es nur noch zu einer anteiligen Anrechnung kommen, sei auch das für die Stadt vorteilhafter als gar keine Anrechnung der Geflüchteten auf die von der Stadt zu erfüllende Quote. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass bei einer solchen - spekulativen - Gesetzesänderung auch die kommunalen Spitzenverbände im Vorfeld beteiligt würden.

Man werde den Wunsch nach einem Sonderkündigungsrecht jedoch wie gewünscht mit der Bezirksregierung bis zur nächsten Ratssitzung verhandeln. Eine Abstimmung sollte heute dennoch stattfinden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Land Nordrhein-Westfalen einen Kooperationsvertrag zum Aufbau und zum Betrieb einer Zentralen Unterbringungseinrichtung für geflüchtete Menschen, so wie im zuletzt vorliegenden Vertragsentwurf formuliert, abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	3
Enthaltung:	3

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 3 Antrag der Bürgerliste - Einführung der Ehrenamtskarte NRW
3342/2025

Stadtverordneter Banzet verließ den Sitzungssaal und kehrte nach der Abstimmung zurück.

Die SPD erklärte, sie werde dem Antrag zustimmen, auch wenn die Aufgabe beim Kreis besser angesiedelt wäre. Dort sei ein ähnlicher Antrag allerdings abgelehnt worden. Man gehe davon aus, dass die Modalitäten schwierig festzulegen seien.

Bündnis 90/Die Grünen stimmte dem zu.

Die CDU meinte, sie werde ebenfalls zustimmen. Drei Städte im Kreis hätten die Karte bereits eingeführt.

Auf die Frage der Bürgerliste, ob die Ehrenamtskarte einheitlich für NRW und mit Passbild sei, antwortete die Verwaltung, dass die Karte einheitlich, allerdings ohne Passbild sei. Zudem halte die Verwaltung den Aufwand für überschaubar und händelbar.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat beschließt die Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Geilenkirchen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Vergünstigungen für die Inanspruchnahme städtischer Sport- und Kultureinrichtungen zu entwickeln und die organisatorischen Maßnahmen für die Einführung der Ehrenamtskarte zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 4 Antrag der Bürgerliste - Verbesserung der Sicherheit bei städtischen
Veranstaltungen
3344/2025

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 5 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Übach-Palenberg und der Stadt Geilenkirchen

3346/2025

Beschlussvorschlag:

Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung von Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Übach-Palenberg und der Stadt Geilenkirchen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 6 Kündigung der Mitgliedschaft bei der Grünmetropole e. V.

3351/2025

Stadtverordneter Banzet verließ die Sitzung.

Die SPD äußerte, dass über die bisherige Mitgliedschaft nur wenige Informationen vorlägen.

Die Verwaltung entgegnete, dass durch den Beitritt einmalig ein Nutzen im Rahmen eines Projekts entstanden sei. Danach habe die Mitgliedschaft jedoch keine weiteren Effekte mehr gezeigt, weshalb man sie auch kündigen wolle.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Geilenkirchen kündigt zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Mitgliedschaft im Verein Grünmetropole e. V.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 7 Abschluss einer Beteiligungsvereinbarung nach § 7 Bürgerenergiegesetz NRW mit der Energy 4 Geilenkirchen GmbH & Co. KG und der Green 4 H2 GmbH & Co. KG

3318/2025

Beschlussvorschlag:

1. Dem Abschluss der vorliegenden Beteiligungsvereinbarung mit der Energy 4 Geilenkirchen GmbH & Co. KG und der Green 4 H2 GmbH & Co. KG wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, mit der Gesellschaft die Option des Erwerbs von Anteilen weiter zu erörtern und zu gegebener Zeit dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Mittel für den Erwerb der Gesellschaftsanteile sollen vorsorglich in den Haushalt 2026 eingeplant werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 8 Abschluss einer Beteiligungsvereinbarung nach § 7 Bürgerenergiegesetz NRW mit der Windpark GK-Nord GmbH & Co. KG

3363/2025

Beschlussvorschlag:

3. Dem Abschluss der vorliegenden Beteiligungsvereinbarung mit der Windpark GK-Nord GmbH & Co. KG GmbH & Co. KG und der Green 4 H2 GmbH & Co. KG wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 9 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2024

3362/2025

Beschlussvorschlag:

Die außerplanmäßigen Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 9.1 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2025 als Dringlichkeitsentscheidung**3370/2025****Beschlussvorschlag:**

Die außerplanmäßigen Auszahlungen werden im Wege der Dringlichkeit genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 10 Anfragen

Stadtverordneter Benden fragte, ob die im Rat vertretenen Fraktionen am gestrigen Tag im Rathaus zum Thema FSI eingeladen gewesen seien, ob die Bürgermeisterin, Beigeordneter Scholz und der Landrat bei dem Gespräch teilgenommen hätten und ob die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht eingeladen worden sei.

Bürgermeisterin Ritzerfeld antwortete, es habe keinen Sammeltermin, sondern drei Einzeltermine gegeben, in denen der Landrat mit Fraktionen gesprochen habe.

Stadtverordneter Benden sagte, dies sei ein Informationsnachteil für seine Fraktion. Er fragte, ob die Bürgermeisterin nur die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt habe oder ob sie am Gespräch teilgenommen habe.

Bürgermeisterin Ritzerfeld bestätigte, sie habe an dem Gespräch teilgenommen.

Stadtverordneter Benden meinte, damit habe die Bürgermeisterin ihre Neutralitätspflicht verletzt, da genau mit der Fraktion mit der kritischen Meinung zu FSI nicht gesprochen worden sei.

Bürgermeisterin Ritzerfeld sagte, sie habe keine Informationen vorenthalten. Der Landrat habe angefragt im Rathaus einzeln mit Fraktionen zu sprechen und das habe sie ermöglicht. Zudem wies sie darauf hin, dass laut Redeordnung der Geschäftsordnung nur zwei Rückfragen zulässig seien, sie an dieser Stelle jedoch eine weitere zulasse.

Stadtverordneter Benden bat darum, beim nächsten Mal alle Fraktionen zu berücksichtigen. Er fragte, ob die Bürgermeisterin das Hausrecht habe und der Landrat die Gespräche im Kreishaus hätte führen können.

Bürgermeisterin Ritzerfeld bestätigte, sie habe das Hausrecht. Alle weiteren Aussagen seien persönliche Wertungen.

Stadtverordneter Ronneberger fragte, wann die neuen Spielgeräte für den Spielplatz in der Fliegerhorstsiedlung aufgestellt würden.

Beigeordneter Scholz antwortete, es gebe bereits einen Entwurf für die Grundstücksüberlassung der BlmA an die Stadt. Neue Geräte habe man bereits bestellt. Die Lieferzeit betrage 6-8 Wochen.

Stadtverordneter Gerads fragte, wann die Arbeiten an der Turnhalle an der Grundschule Gillrath abgeschlossen werden.

Beigeordneter Scholz antwortete, die Firma habe aufgrund von Arbeitsausfällen den Termin nicht halten können, arbeite allerdings weiter an der Fertigstellung.

Stadtverordneter Schumacher fragte, ob es richtig sei, dass das Bischöfliche Gymnasium St. Ursula jährlich einen Zuschuss von 123.000 Euro von der Stadt erhalte. Zudem fragte er nach dem Sachstand Rewe.

Erster Beigeordneter Brunen bestätigte dies und erklärte, die Finanzierung staatlicher und privater Schulen unterscheide sich erheblich. Private Schulträger würden 94 % der Kosten vom Land erstattet bekommen. Der Eigenanteil des Gymnasiums Sankt Ursula liege damit immer noch bei rund 500.000 Euro p. a. Die Kosten der Gesamtschule würden komplett von Stadt und Land getragen werden. Die städtischen Kosten würden jährlich rund 1,7 Mio. Euro betragen. Da die Stadt im Rahmen der Schlüsselzuweisungen Gelder für die Schüler des Gymnasiums erhalte, erstatte man dem Gymnasium fairerweise einen Teil seiner Kosten.

Bürgermeisterin Ritzerfeld ergänzte, seit den Bohrungen habe es keine Neuigkeiten in Bezug zum Rewe-Gelände gegeben. Die Ergebnisse würden noch nicht vorliegen.

Stadtverordnete Banzet fragte, wieso der Aschenbecher unter dem Torbogen abmontiert wurde.

Bürgermeisterin Ritzerfeld antwortete, da das Büro unter dem Torbogen nun dauerhaft belegt sei, habe man die Raucherecke verlegt. Diese sei nun im Bereich der Garage.

Stadtverordneter Kahl fragte, wieso die Arbeiten an der Mensa der KGS Geilenkirchen seit Wochen stagnieren würden.

Beigeordneter Scholz antwortete, die Information werde nachgereicht.

Im Nachgang zur Sitzung wird dazu folgendes mitgeteilt:

Beim Mensa-Neubau an der KGS in der Brucknerstraße wirkt es so, als tut sich nichts, weil der Baufortschritt vor Ort nicht erkennbar ist. U. a. weil der Rohbauer die Verankerungsschienen nicht korrekt eingebaut hat, ist im Bauzeitenplan ein Verzug von drei Wochen entstanden. „Im Hintergrund“ sind aber bereits die erforderlichen Anpassungen vorgenommen worden, um zu kompensieren. Nächste Woche folgt der Gerüstaufbau, übernächste Woche werden die vorgefertigten Fertigteil-Wandelemente errichtet, so dass auch an der Baustelle ein Fortschreiten der Maßnahme sichtbar wird.

Die Sitzung endete um 19:56 Uhr.

Vorsitzende

Daniela Ritzerfeld
Bürgermeisterin

Christina Kamphausen
Schriftführerin